

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

1. Kapitel: Das Problem

§ 1. Die Problempräzisierung	1
§ 2. Gang der Untersuchung	9

2. Kapitel: Die Definition der assoziierten Unternehmen in der Systematik des HGB-Konzernrechts

§ 3. Die Bilanzierung der assoziierten Unternehmen im Konzernabschluß als Regelungsursprung	
I. Die rechtlichen Grundlagen der Konzernrechnungslegung	
A. Der Rechtszweck des Konzernabschlusses	11
B. Die Aufstellungsprinzipien der Konzernabschlüsse	16
II. Die Bilanzierung von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als Rechtsneuerung	
A. Das Ziel der Rechtsneuerung	
1. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Rechtsneuerung	23
2. Die konzernbilanziellen Erfordernisse als Ursprung der Rechtsneuerung	32
B. Die Equity-Methode zur Bilanzierung von assoziierten Unternehmen	35
§ 4. Der maßgebliche Einfluß als zentrale Definitionskomponente assoziierter Unternehmen	
I. Der Definitionsansatz assoziierter Unternehmen	42
II. Die handelsrechtlichen Beteiligungskategorien als Definitionskomponenten	
A. Der Begriff der Beteiligung als Grundvoraussetzung	44
B. Die Tochterunternehmen als Obergrenze assoziierter Unternehmen	47

C.	Die Gemeinschaftsunternehmen als Beteiligungskategorie ohne Abgrenzungsfunktion	51
III.	Die Einflußnahme als Kriterium zur Systematisierung der Beteiligungskategorien	
A.	Die "Einflußnahmemöglichkeit" als Charakteristikum der Beteiligungen	54
B.	Die "einheitliche Leitung" als Charakteristikum der Tochterunternehmen	61
C.	Die "maßgebliche Einflußnahme" als Charakteristikum der assoziierten Unternehmen	
1.	Die ungenügende Begriffsbestimmung durch die Vermutung des maßgeblichen Einflusses	66
2.	Die maßgebliche Einflußnahme als Kriterium der Beteiligungssystematik	71
3.	Die Präzisionsnotwendigkeiten der maßgeblichen Einflußnahme	75
3.	<u>Kapitel: Die Analyse der Einflußnahme auf die Geschäfts- und Finanzpolitik anderer Unternehmen</u>	
§ 5.	Die Einflußnahme als Einwirkung auf unternehmerische Entscheidungen	
I.	Der Begriff der Einflußnahme	80
II.	Die Entscheidungen im Unternehmen	84
§ 6.	Die Geschäfts- und Finanzpolitik als Ziel der Einflußnahme	
I.	Die Geschäfts- und Finanzpolitik als unbestimmter Rechtsbegriff	
A.	Die Geschäftspolitik als umfassendes Ziel der Einflußnahme	89
B.	Die Finanzpolitik als präzisierende Zielbedingung	93
II.	Das Führungssystem der Unternehmen als Bestimmungsbasis	
A.	Die Unternehmensführung als Funktion	97
B.	Das Führungssystem des Unternehmens	

1. Das Führungssystem zur Gewährleistung der Führungshierarchie	100
2. Die Komponenten des Führungssystems	
a. Das Planungssystem des Unternehmens	103
b. Das Informationssystem des Unternehmens	110
c. Das Organisationssystem des Unternehmens	112
III. Die Determination der einwirkungsrelevanten Entscheidungsgegenstände	
A. Die Entscheidungsdelegation im System der Unternehmensführung	114
B. Die Entscheidungsgegenstände der Unternehmensführung	117
§ 7. Die Einflußnahme durch die Entscheidungsträger im Unternehmen	
I. Die Entscheidungsträger der institutionellen Unternehmensführung	120
II. Die Eigentümer als oberste Entscheidungsträger	
A. Die mitgliedschaftlichen Rechte des Gesellschafters einer Personengesellschaft	122
B. Die mitgliedschaftlichen Rechte von Gesellschaftern an Kapitalgesellschaften	
1. Das Grundprinzip der Kapitalgesellschaften	126
2. Die Gesellschafterrechte eines GmbH-Gesellschafters	127
3. Die normierten Rechte des Aktionärs	130
C. Der Gesellschaftsvertrag als Zusatzkomponente	137
III. Die Geschäftsführung als Entscheidungsträger	
A. Die Funktionstrennung von Geschäftsführung und Eigentümerstellung	140
B. Die Unabhängigkeit der Geschäftsführungsinstanz	142
IV. Das Aufsichtssystem als Verbindungskomponente	

A. Die Bildungsnotwendigkeit eines Aufsichtssystems	147
B. Die Kompetenzen der Aufsichtsorgane	151

4. Kapitel: Die Analyse der Maßgeblichkeit als Intensitätsausprägung der Einflußnahme

§ 8. Die Maßgeblichkeit als unbestimmter Rechtsbegriff	
I. Der Regelungszweck der Maßgeblichkeit	
A. Der Wortsinn der Maßgeblichkeit	155
B. Maßgeblichkeit im Regelungszusammenhang	157
II. Die einflußbezogene Fixierung des Maßgeblichkeitsverständnisses	
A. Entscheidungsgegenstände der Unternehmensführung als Determinanten der wirtschaftlichen Selbständigkeit	165
B. Die für die Maßgeblichkeit charakteristischen Entscheidungsgegenstände	168
C. Die Präzisierung der Einwirkung auf die relevanten Entscheidungsgegenstände	173
III. Der Einflußwille als Untersuchungskomponente	175
§ 9. Der maßgebliche Einflußwille als Qualifizierungsbasis	
I. Die Grundcharakteristik des Einflußwillens	
A. Die Einflußnahme als Mittel zur Erreichung des Investitionszweckes	179
B. Der Einflußwille als Basis der Einflußnahme	185
II. Die Determinanten des Einflußwillens	
A. Die strategischen Zielerreichungsmöglichkeiten	
1. Die Analyse des Entwicklungspotentials	189
2. Die Entwicklungsrichtungen der Beteiligungsstrategien	200
B. Die restriktiven Determinanten des Einflußwillens	

1. Die Integrationsgrenzen	206
2. Der Risikoverbund	212
III. Die Qualifizierung der Maßgeblichkeit des Einflußwillens	
A. Die Ausprägung des Einflußwillens im restriktionsfreien Fall	218
B. Die Maßgeblichkeit als Ausprägungsform	
1. Der Ansatz der restriktiven Determinanten	221
2. Die Maßgeblichkeit des Einflußwillens als Kombination von Restriktionen und Zielsetzung	223
3. Der Abgleich des Maßgeblichkeitsverständnisses mit den Beteiligungsstrategien	226
C. Zusammenfassende Darstellung der Maßgeblichkeit des Einflußwillens	233
§ 10. Die Bestimmung der maßgeblichen Einflußnahme auf Basis des Einflußwillens	
I. Der Realisierungsprozeß der Beteiligungsstrategie	
A. Grundsätzliches	235
B. Die Realisierung der Beteiligungsstrategie	
1. Der Akquisitionsprozeß	237
2. Die Realisationsdivergenzen	240
II. Die maßgebliche Einflußnahme als restriktionslose Realisation der Beteiligungsstrategie	
A. Die generelle Ausübung der Einflußnahme im Sinne der Maßgeblichkeit	246
B. Die maßgebliche Einflußnahme durch die Ausübung von mitgliedschaftlichen Rechten	
1. Die Einflußanalyse bei Personengesellschaften	249
2. Die Einflußanalyse im GmbH-Fall	251
3. Die Einflußanalyse bei Aktiengesellschaften	257

C. Die Zusatzkomponenten zur Gewährleistung der Maßgeblichkeit der Einflußnahme	
1. Gesellschaftsvertragliche Zusatzkomponenten	266
2. Die Zusatzkomponenten in Form von faktischen Abhängigkeiten	271
III. Die Divergenz von Einflußwillen und Einflußnahme	
A. Die Bestimmung der Maßgeblichkeit auf Basis eines die Einflußnahmemöglichkeiten übersteigenden Einflußwillens	
1. Die Ausprägung des Einflußwillens	280
2. Die restriktive Bestimmung der maßgeblichen Einflußnahme im AG-Fall	283
3. Die Bestimmungsäquivalenz der maßgeblichen Einflußnahme im Falle von GmbH oder Personengesellschaften	291
B. Die Bestimmung der Maßgeblichkeit auf Basis eines die Einflußnahmemöglichkeiten unterschreitenden Einflußwillens	293
§ 11. Die Schlüssigkeitsanalyse	
I. Die zusammenfassende Klärung der Definitionskomponenten	
A. Die Einflußnahme als zentrales Abgrenzungskriterium	299
B. Die Beteiligung als Grundvoraussetzung	301
C. Die Abgrenzung gegenüber Tochterunternehmen	303
II. Die Gemeinschaftsunternehmen als integrierter Bestandteil der assoziierten Unternehmen	307
5. Kapitel: <u>Zusammenfassung</u>	314
<u>Verzeichnisse</u>	
1. Abkürzungsverzeichnis	IX
2. Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	XI
3. Literaturverzeichnis	323